

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 14. September 2011

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadträtin Zethner (für Stadtrat Hofmann)
Stadtrat Gernhart (für Stadtrat Ballonier)
Stadtrat Hennrich
Stadtrat Jens Marco Scherf (für Stadtrat Dreher)
Stadtrat Karl-Heinz Scherf
Stadtrat Schulz
Stadtrat Siebentritt
Stadtrat Wetzel (für Stadtrat Ferber)
VR Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-7, nichtöffentlich von TOP 8-9 und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bauanträge

1.1 Necdet Güney, Erlenstraße 3 – Geländeauffüllung und Errichtung einer Stützmauer, Händelstraße 6

Herr Güney möchte an der Südostgrenze seines Grundstücks eine bis zu 1,00 m hohe Stützmauer errichten, um das stark abfallende Gelände ausgleichen zu können. Hierfür benötigt er eine isolierte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Wörth-West“.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

1.2 Siegfried Schneider, Beethovenstraße 1c – Errichtung eines Pavillons

Die Familie Schneider möchte an der östlichen Grundstücksgrenze einen etwa 3,5 * 3,5 m großen Holzpavillon errichten.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

1.3 Axel Hartung, Fulda – Wohnhausanbau Triebstraße 4

Herr Hartung plant einen Anbau an das Wohnhaus Triebstraße 4. Es sollen drei neue Wohneinheiten entstehen. Für das Vorhaben wurde bereits im Jahr 2003 eine Baugenehmigung erteilt, die jedoch zwischenzeitlich erloschen ist. Dabei wurden die notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Bürgel-Hünerfeld-Leimenkaut“ wegen Überschreitung der Baugrenze, der zulässigen Dachneigung und der zulässigen Traufhöhe erteilt.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben mit 9:1 Stimmen zu.

1.4 Valentin und Klaus Holeczek, Hessenstraße 5 – Errichtung einer Garage und eines Carports

Die Familie Holeczek beabsichtigt, an die Südwestwand des Wohnhauses eine 3*6 m große Garage anzubauen. Außerdem soll zwischen dem Wohnhaus und der bestehenden Garage ein Carport errichtet werden, der vom Gehweg nur einen Abstand von 1,0 m einhalten würde.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Bau der Garage zu. Der Abstand zur Grundstücksgrenze soll wie angegeben wenigstens 2,0 m betragen.

Der geplante Carport wurde dagegen abgelehnt, da er das Straßenbild massiv beeinträchtigen würde. Zudem stehen auf dem großen Grundstück mehrere alternative Standorte zur Verfügung.

1.5 Errichtung einer Betonschutzwand an der B 469 zwischen Wörth und Obernburg

Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg hat beim Landratsamt Miltenberg eine wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung für die Errichtung einer Betonschutzwand entlang der B 469 zwischen Wörth und Obernburg beantragt. Die Betonwand im Bankett der mainseitigen Fahrspur soll eine Länge von etwa 1,6 km erhalten und den Hochwasserschutzgrad für die tiefer gelegene Straßenseite von etwa HQ 10 auf etwa HQ25 steigern. Im Rahmen des wasserrechtlichen verfahren ist die Stadt um Stellungnahme gebeten worden.

Nachdem die Maßnahme eine bereits im Planfeststellungsverfahren für die Straße vorgetragene Forderung der Stadt nach einem besseren Hochwasserschutz umsetzt, beschloß der Bau- und Umweltausschuß mit 8:2 Stimmen, keine Einwände zu erheben.

2. Sanierung der Volksschule – Vorstellung von Planungsüberlegungen

Anlässlich einer Ortsbegehung im September 2010 wurde festgestellt, daß in der Volksschule umfangreiche Maßnahmen zur Brandschutzertüchtigung durchgeführt werden müssen. Der Bau- und Umweltausschuß hatte am 22.11.2010 eine Ortsbegehung durchgeführt und die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Förderantrag vorzubereiten.

Im Zuge der damit verbundenen Planungsüberlegungen und Bestandsaufnahmen wurde erheblicher weiterer Sanierungsbedarf festgestellt. Dieser betrifft neben allgemeinen Maßnahmen zur Substanzerhaltung insbesondere die Bereiche Energetische Sanierung und Barrierefreier Zugang.

Eine vollständige Umsetzung würde Kosten von etwa 6,0 Mio. € auslösen. Demgemäß kann eine Realisierung nur abschnittsweise über mehrere Jahre verteilt erfolgen. Für den 10.10. 2011 ist ein Gespräch bei der Regierung von Unterfranken vorgesehen, in dem mögliche Förderwege und Zuschußvolumina geklärt werden sollen.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis. Dabei bestand Einigkeit darin, daß in diesem Zusammenhang auch die Zukunft der Volksschule Wörth vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen und der Veränderungen der Schulpolitik bedacht werden muß. Eine entscheidende Rolle wird dabei der intensiven Kooperation mit Nachbarkommunen beimessen.

3. Verbesserung der Breitbandversorgung

Die Verbesserung der Breitbandversorgung insbesondere für die am südlichen Stadtrand gelegenen Gewerbegebiete ist seit einigen Jahren im Gespräch. Die Verwaltung hat in den letzten Wochen den Breitbandrichtlinien folgend ein paralleles Markterkundungs- und Auswahlverfahren durchgeführt. Die Frist für die Abgabe von Angeboten endet am 15.09.2011.

Bgm. Dotzel erläuterte kurz den Inhalt der bislang eingegangenen Angebote, die teilweise auf Satellitenübertragung, teilweise auf Glasfaser und teilweise auf einer Hybridtechnologie Kabel/Richtfunk basieren. Kabelgebundene Lösungen führen aufgrund der notwendigen Tiefbauarbeiten zu einer erheblichen Deckungslücke, die durch maximal 100.000 € staatliche Zuschüsse und im übrigen durch städtische Eigenmittel auszugleichen ist.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis. Stadtrat Wetzel äußerte Zweifel an der Wirtschaftlichkeit, da bereits eine gewisse Infrastruktur vorhanden ist. Dem hielt Stadtrat Jens Marco Scherf entgegen, daß bereits jetzt insbesondere im gewerblichen und freiberuflichen Bereich erheblicher Nachholbedarf besteht und künftig der Umfang notwendiger Datenübertragungen weiter ansteigen wird.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, den notwendigen Stadtratsbeschluß vorzubereiten. Dabei wird grundsätzlich eine glasfaserbasierte Technologie als zukunftsfähiger angesehen.

4. **Einbau einer Läuteanlage in der Friedhofskapelle**

Die Glocke in der Friedhofskapelle wird derzeit bei Beerdigungen händisch bedient, weil eine Läuteanlage nicht vorhanden ist. In seiner Sitzung vom 16.11.2009 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, die Errichtung eines Glockenturms an der Aussegnungshalle planerisch vorzubereiten, nachdem das Landesamt für Denkmalpflege den Einbau einer Läuteanlage in der Kapelle selbst wegen der schlechten Zugänglichkeit des Dachraumes kritisch beurteilt hatte.

Diesem Planungsauftrag konnte die Verwaltung kapazitätsbedingt nicht endgültig entsprechen. Nachdem eine nachhaltige Verbesserung der Situation auch nicht zu erwarten ist, hat die Verwaltung erneut untersucht, ob eine ferngesteuerte Anlage in der Kapelle untergebracht werden kann. Dies wurde von verschiedenen Fachfirmen bejaht. Die zu erwartenden Kosten liegen weit unter den Baukosten für einen Glockenturm.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte daraufhin die Verwaltung, ein Lösung in der Kapelle selbst anzustreben.

5. **LEADER-Projekt „Lebensader Main“ – Vorstellung der Maßnahmenvorschläge**

Im Rahmen des LEADER-Projekts „Lebensader Main“, da v.a. Potentiale des Wassertourismus in seinen verschiedenen Ausprägungen darstellen und erschließen soll, hat das Büro arc grün verschiedene Maßnahmenvorschläge auch für den Bereich der Stadt Würth erarbeitet. Bgm. Dotzel stellte die Studie dem Ausschuß ausführlich vor.

Für Würth a. Main werden zur Realisierung vorgeschlagen:

- Neue Anlegestelle für Wasserwanderer und Kleinmotorboote (Holzdeck unterhalb der Fährzufahrt)
- Ausbaggerung des Bootshafens am Betonwerk Schmitt
- Umrüstung der Schiffsliegestelle für Personen- und Hotelschiffe
- ggf. Durchfluß der Badebuchten aus dem Breitenbach
- Beschilderung mit Ortsinfotafel an der neuen Anlegestelle
- evtl. Beschilderung am Campingplatz

Diese Maßnahmenvorschläge begründen keine Handlungspflichten für die Stadt; umgekehrt können Sie die Aufnahme in verschiedene Förderkulissen wesentlich erleichtern.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß demgemäß, den Bericht des Büro arc grün zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

6. **Verkehrsangelegenheiten**

6.1 **Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg – Mögliche Ausweitung des Aufgabengebietes**

An die Geschäftsleitung des Zweckverbands Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg sind Anfragen von Mitgliedsgemeinden herangetragen worden, wonach der Abschluß von Zweckvereinbarungen nach § 4 Abs. 7 der Verbandssatzung angestrebt wird. Danach können mit Zustimmung der Verbandsversammlung weitere Aufgaben des gemeindlichen sicherheitsrechtlichen Aufgabenbereiches auf den Zweckverband übertragen werden. Dieser könnte entsprechende Ordnungswidrigkeiten eigenständig verfolgen und ahnden.

Aus Sicht des Verbands selbst kommen u.a. folgende Felder in Betracht:

- Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen gemeindliche Satzungen und Verordnungen (z.B. Grünanlagensatzungen, Freizeit- und Erholungsgebietssatzungen)
- Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen gemeindliche Auflagenbescheide (z.B. verkehrsrechtliche Anordnungen)

Der Bau- und Umweltausschuß vertrat einhellig die Auffassung, daß eine Ausweitung der Verbandsbefugnisse für die Stadt Wörth nicht sinnvoll ist. Die Verwaltung wurde beauftragt, dies dem Verband so zu übermitteln.

6.2 Angelo Loggia, Rathausstraße 25 - Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum Befahren des Radweges am Main

Herr Angelo Loggia, Rathausstraße 25, hat eine verkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigung für das Befahren des Radweges zwischen Wörth und Obernburg mit Kraftfahrzeugen beantragt. Er ist schwerbehindert und möchte Angelplätze mit dem eigenen Auto anfahren.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dem nicht zu folgen, zumal im Jahr 2009 ein gleichgelagerter Fall ebenfalls abschlägig beschieden wurde. Herr Loggia soll darauf hingewiesen werden, daß am Mainufer ausreichend frei anfahrbare Plätze vorhanden sind.

6.3 Wegweisung auf der B 469 und der St 3259 Nord (Sperrung der Odenwaldstraße)

Nach mehreren Anfragen haben das Staatliche Bauamt und auf dessen Veranlassung auch das Landratsamt Miltenberg auf die Vorschläge der Stadt zur Verbesserung der Beschilderung auf der B 469 und der St 3259 Nord für Schwerlastverkehr reagiert.

Dabei ist die Aufstellung mehrerer Verkehrszeichen verfügt worden, die den Schwerlastverkehr weg von der gesperrten Odenwaldstraße zur Landstraße lenken sollen. Die Aufstellung erfolgt dabei durch das Staatliche Bauamt; die Kosten der Beschilderung an der St 3259 sind dabei von der Stadt Wörth zu tragen.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis.

6.4 Antrag auf Verfügung eines Parkverbots in der Adalbert-Stifter-Straße

Mit Schreiben vom 06.09.2011 hat Herr Dieter Bürkner, Adalbert-Stifter-Straße 5, beantragt, in der Straße ein Parkverbot zu verfügen. Er begründet dies damit, daß seit Monaten seine Hofeinfahrt durch gegenüber abgestellte Fahrzeuge mutwillig blockiert werde. Im Vorfeld hatte sich die Verwaltung wie auch die Polizei erfolglos bemüht, die hieraus erwachsenden nachbarschaftlichen Konflikte zu lösen.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte nach intensiver Diskussion, in der auch Befürchtungen wegen einer möglichen Vorbildwirkung geäußert wurden, die Verwaltung, das beantragte Parkverbot vorläufig mittels mobiler Beschilderung zu realisieren. Die Situation soll weiter beobachtet werden.

7. Jugendtreff Wiesenweg

7.1 Erneuerung der Elektroinstallation

Im Zuge der Umbauarbeiten im Vereinsheim des FSV wurde festgestellt, daß die Elektroinstallation den heutigen Vorschriften nicht mehr genügend und ein Bestandsschutz infolge der Nutzung und der notwendigen Umbauten erloschen ist. Für die Anpassung der Installation und der Verteilung wurden folgende Angebote eingeholt:

Fa. Christian Schmitt, Klingenberg	6.287,81 €
Fa. Fick, Erlenbach	8.489,78 €

Beim Einbau einer Gasheizungsanlage und Wegfall einiger nicht unbedingt benötigter Positionen kann sich das Abrechnungsvolumen noch um etwa 600 - 1.000 € verringern.

Da entsprechende Haushaltsmittel nicht veranschlagt sind, die Durchführung in Hinblick auf die geplante Eröffnung der Einrichtung aber dringlich ist, ermächtigte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung, den Auftrag an die wenigstnehmende Fa. Schmitt zu vergeben. Es wird empfohlen, die benötigten Mittel im Nachtragshaushalt 2011 zu berücksichtigen.

Stadtrat Hennrich bat um Prüfung, ob eine Finanzierung aus nicht verbrauchten Mitteln des FSV-Treuhandkontos denkbar ist.

7.2 Erneuerung der Heizungsanlage

Die Beheizung des Gebäudes am Wiesenweg erfolgte bislang über Elektrospeicheröfen. Es erscheint sinnvoll, diese unwirtschaftliche Anlage durch eine sparsame Brennwertheizung zu ersetzen. Hiefür wurden folgende Angebote eingeholt:

Fa. Dreher, Wörth	11.002,50 €
Fa. Engel, Haingrund	11.918,69 €

Hinzu kommen noch Aufwendungen für die Herstellung des Gashauseschlusses, die derzeit von GASUF auf etwa 5.000 € netto geschätzt werden. Alternativ wurde auch an ein Anschluß des Gebäudes an die Heizzentrale/das BHKW der Volksschule untersucht. Angesichts der durch die Länge der Anschlußleitung zu erwartenden Wärmeverluste und der ohnehin notwendigen Investitionen für die hausinterne Installation und die Heizkörper wurde dies jedoch als unwirtschaftlich beurteilt.

Da entsprechende Haushaltsmittel nicht veranschlagt sind, die Durchführung in Hinblick auf die geplante Eröffnung der Einrichtung aber dringlich ist, ermächtigte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung, den Auftrag an die wenigstnehmende Fa. Schmitt zu vergeben. Es wird empfohlen, die benötigten Mittel im Nachtragshaushalt 2011 zu berücksichtigen.

Stadtrat Hennrich bat um Prüfung, ob eine Finanzierung aus nicht verbrauchten Mitteln des FSV-Treuhandkontos denkbar ist.

Wörth a. Main, den 22.09 .2011

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer